

Änderungsantrag

Antragsteller: Abteilung Hermsdorf

Durchsetzung des Prinzips der Guten Arbeit im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

Die Kreisdelegiertenversammlung Reinickendorf möge beschließen:

Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin *werden aufgefordert die Landesparteitagsbeschlüsse, **03/II/2013, 13/II/2013 und 158/II/2014** um- und durchzusetzen.*

Der GKV-Reinickendorf wird mindestens ein SPD-Mitglied des Senates in Verantwortung o. a. Sachverhaltes zur Dezember oder Januar KV-Sitzung einladen. Dieses Mitglied wird über die diesbezüglichen *Aktivitäten* und die Fortschritte zur Umsetzung politischer Maßnahmen gegen Ausgliederungen etc. sowie zur Umsetzung des Mindestlohnes *in mündlicher und schriftlicher Form berichten (Anträge, Tagesordnungen, Protokolle und sonstiger Schriftverkehr).*

Begründung: Es gibt zum Thema „prekäre Arbeit im Verantwortungsbereich des Landes Berlin“ umfangreiche und detaillierte Landesparteitagsbeschlüsse, welche kaum oder nur unzureichend, teilweise gegensätzlich umgesetzt wurden. Daher fordern wir, die handelnden und verantwortlichen Personen auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Beschlüsse umzusetzen.

Berlin, den 23.04.2015

Landesparteitag 25. Mai 2013:

Antrag 03/II/2013 **KDV Reinickendorf**

Die sozialdemokratischen Mitglieder in Senat, Abgeordnetenhaus und den Bezirksverwaltungen werden aufgefordert, unter Wahrung der Tarifautonomie die unter dem Begriff der „Guten Arbeit“ verstandenen Prinzipien im Verantwortungs- und Einflussbereich der SPD konsequent umzusetzen: im öffentlichen Dienst, in den landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, bei öffentlich geförderten Projekten, bei öffentlich vergebenen Aufträgen und staatlich geförderter Arbeit. Im Sinne der

„Guten Arbeit“ sind von der SPD in Regierungsverantwortung folgende Kriterien zu überprüfen und einzufordern:

- die Einhaltung/Umsetzung des im Vergabegesetz definierten Mindestlohnes als Grundlohn (ohne Zulagen und Aufschläge),
- der Verzicht auf sachgrundlose Befristungen,
- die Einschränkung von Befristungen mit Sachgrund,
- Reduzierung von Leiharbeit auf ein Mindestmaß unter der Bedingung, dass andere organisatorische und personelle Maßnahmen nicht möglich sind und Leiharbeiter gleich bezahlt werden wie im öffentlichen Dienst,
- die Förderung von Vollzeitstellen, ohne aber die individuelle Möglichkeit auf Teilzeitarbeit zu erschweren,
- Eindämmung des Missbrauchs von Minijobs,
- der Verzicht auf Werkverträge, durch die reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgangen werden,
- die Respektierung von Tarifbindung und Tariftreue (keine Tarifflicht, keine tariffreien 34 Räume, Anwendung von Flächentarifverträgen),
- die Respektierung und Anerkennung von Betriebsräten/Personalräten und gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Antrag 13/II/2013

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Keine prekären Arbeitsverhältnisse bei der CFM dulden Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die öffentliche Anteilsmehrheit in der CFM umgehend genutzt wird, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden und die gesetzlichen Rechte des Betriebsrates zu garantieren.

Landesparteitag 08. November 2014

Antrag 158/III/2014

AfA-Landesvorstand

Erhalt der und die Investition in die soziale und öffentliche Infrastruktur des Landes und der Bezirke

Der SPD Landesparteitag fordert alle Verantwortlichen der SPD im Land und in allen Bezirken auf, sich

- für politische Maßnahmen gegen jede Form der Ausgliederungen, gegen Lohndumping und Tarifflicht.
- gegen prekäre, entrechtete Beschäftigungsverhältnisse und tarifvertragsfreie Zonen in Berlin einzusetzen und dafür ein Aktionsprogramm zu entwickeln.

Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung beginnt mit

dem Stopp aller Ausgründungen, beginnend mit den geplanten Ausgründungen bei Vivantes.

Das erfordert

- eine sofortige öffentliche Investitionsoffensive zur Rettung und Wiederherstellung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur Berlins und seiner Bezirke, von Straßen, ÖPNV, Krankenhäusern und Schulen ... finanziert durch den öffentlichen Haushalt.
- Einstellung von Personal auf Bezirk- und Landesebene. Als Kriterium muss die Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger und die Interessen der Beschäftigten im Zentrum stehen. Berlin braucht wieder normale Arbeitsbedingungen in den Verwaltungen, die die Erfüllung der Aufgaben der Öffentlichen Daseinsvorsorge garantiert.

Es geht um den Erhalt der und die Investition in die soziale und öffentliche Infrastruktur des Landes und der Bezirke, wie z.B. Schulen, Krankenhäusern, Kitas, öffentlichem Nahverkehr, Bürgerämtern, Polizei und Feuerwehr uvm.

Berlin, 1. Mai 2015